



Pressemitteilung der KZV im Lande Bremen und der Zahnärztekammer Bremen

## **Zahnärztliche Versorgung gefährdet**

Bremen, den 05.05.2026

Die Vorschläge des Kabinettsentwurfs zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz sollen die Ausgaben im Gesundheitswesen reduzieren. Werden die Maßnahmen des aktuellen Kabinettsentwurfs umgesetzt, sind tiefgreifende negative Auswirkungen für die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung und die Zahnarztpraxen unvermeidbar. Daher lehnen die Kassenzahnärztliche Vereinigung im Lande Bremen und die Zahnärztekammer Bremen die Vorschläge mit zahnmedizinischem Bezug klar ab.

Die aktuelle DMS-6 Studie belegt, dass die zahnmedizinischen Leistungen und die flächendeckende Prophylaxe die Zahngesundheit sowie die allgemeine Gesundheit der Menschen verbessern. Bei tendenziell sinkenden Kosten für die Zahnmedizin werden Folgekosten spürbar gesenkt (z.B. weniger Diabetes, Herz-Kreislauf, Demenz, ...).

Die Rückkehr zur kurzwirksamen Kostendämpfungspolitik ist keine durchdachte Gesundheitsreform, sondern verschlechtert die zahnmedizinische Versorgung spürbar. Fehlende Planungssicherheit wird gerade ältere Kollegen aus der Versorgung drängen und den Nachwuchs hemmen eine Praxisniederlassung anzustreben. Versorgungsengpässe sind die Folge.

Die Einsparungen der Jahre 2023 und 2024 im zahnärztlichen Bereich bedeuten mit der Punktwertreduzierung 2027-2029 in Summe einen Verlust von über 5% der Finanzkraft in den Praxen und das bei steigenden Kosten (Personal, Inflation, ...).

Insbesondere die zusätzlich geplante Beschränkung kieferorthopädischer Behandlungen bedeutet eine radikale Veränderung in einem seit Jahrzehnten gut funktionierenden Versorgungssystem.

Fester Bestandteil der zahnärztlichen Ausbildung und Approbation sind nachgewiesene Fähigkeiten und Fertigkeiten im Bereich der Kieferorthopädie. Diese Leistungen sollen zukünftig nur noch durch Fachzahnärzte für Kieferorthopädie gegenüber der GKV abgerechnet werden dürfen, was faktisch für einige Kollegen einem Berufsverbot gleichkommt. Das rationierte Leistungsangebot führt zum Verlust der flächendeckenden kieferorthopädischen Versorgung mit allen negativen Folgen für tausende Betroffene. Nach der Reform verblieben für über 20.000 Bremerhavener Kinder noch genau zwei Fachzahnärzte für Kieferorthopädie! In der Folge wird man künftig soziale Unterschiede wieder an den Zähnen erkennen können.

Zahnärztinnen und Zahnärzte können nur bei ausreichender Planungssicherheit die gewohnt gute Versorgung sicherstellen und Präventionserfolge sichern. Der aktuelle Gesetzesentwurf gefährdet massiv die gemeinsam mühevoll erreichten Erfolge in der Mundgesundheit – ohne dass relevante Einsparungen zu erwarten sind.

Rückfragen bitte an:

KZV HB: [msztraka@kzv-bremen.de](mailto:msztraka@kzv-bremen.de)

ZÄK HB: [j.kaufmann@zaek-hb.de](mailto:j.kaufmann@zaek-hb.de)